Datum:.....

(Anschrift der Bewilligungsbehörde) Bezirksregierung		Antrag auf Gewährung einer Zuwendung		
		Förderung von Investitionsmaßnahmen an herausragenden Sportstätten		
Bezeichnung der Maßnahme	:			
1. Antragstellerin/Antragstel	ler			
Name/Bezeichnung				
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/F	Straße/PLZ/Ort/Kreis		
E-Mail:				
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durc	hwahl)		
Bankverbindung:	Konto-Nr. IBAN Bezeichnung des	Bankleitzahl BIC Kreditinstituts		
2. Maßnahme				
Bezeichnung/angesprochener Zuwendungsbereich	Förderung heraus	Förderung herausragender Sportstätten		
Durchführungszeitraum:	von/bis			

3.	Finanzierungsplan				
		Zeitpunkt der voraussicht- lichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			
		20	20	20	
		in EUR			
	1	2	3	4	
3.1	Gesamtkosten:				
3.2	davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
3.3	abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.	
3.4	Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	=	=	=	
3.5	Beantragte Förderung (Nr. 4) a) bei Anteilfinanzierung b) bei Fehlbedarfsfinanzierung	a) b)	a) b)	a) b)	
3.6	bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch				
3.7	Eigenanteil				
4.	4. Beantragte Förderung				
	Zuwendungsbereich (Kurzbeschreibung der Maßnahme)	Zuweisung/ EUR		v.H. von Nr. 3.4	
	1	2		3	
Sun	nme				

5.	Begründung
5.1	Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen, ggf. früheren Maßnahmen)
5.2	Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen					
Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.					
7. Erklärungen					
Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass					
7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,					
7.2 sie/er zum Vorsteuerabzug ☐ nicht berechtigt ist,					
teilweise berechtigt ist, und zwar in Höhe vonv. H., berechtigt ist					
und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3.1) berücksichtigt hat,					
7.3 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.					

8.	······					
	Bau- und/oder Raumprogramm					
	 Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan - soweit nicht schor vorliegend 					
	Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart					
	• Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die - sowei bereits vorhanden - beizufügen sind					
	• Kostenberechnungen, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276, Flächenberechnungen und Be rechnung des Rauminhalts nach DIN 277					
	• Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens (Zuwendungsempfänger werden mit den Zuwendungsbescheid verpflichtet, bestimmte Vergabegrundsätze zu beachten)					
	Bauzeitplan mit voraussichtlicher Kassenwirksamkeit der Bauausgaben					
Ggf. Freistellungsbescheid des Finanzamtes (Gemeinnützigkeitsbescheinigung) – neuester Bes						
	 Ggf. Bescheid(e) des Finanzamtes über Vorsteuerabzugsberechtigung (letzte drei Bescheide) Ggf. Miet-/Pachtvertrag (soweit nicht schon bei der Bewilligungsbehörde vorliegend) 					
	• Nachweise nach Ziffer 4.1 bis 4.3 der Richtlinien					
	(Ort / Datum) (Rechtsverbindliche Unterschrift)					

(Name / Funktion)

9.	Ergebnis der Antragsprüfung durch die baufachliche Stel	le (Nr. 6.9 VV bzw. 6.8 VVG)		
1.	. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstige Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich de Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht. Die baufachliche Stellungnahme wurde beigefügt.			
2.	Für die Durchführung der Baumaßnahme hat die Antragstellerin/ der Antragsteller folgende Ausgaben geplant:	EUR		
3.	Aufgrund der Prüfung wird folgender Betrag als angemessen erachtet:	EUR		
••••	(Ort/Datum) (Dienststelle/Unterschrift)		